

Die Versorgung mit Brot und Kochmehl. Nächste Woche volle Brotquote.

Im Verlaufe der Besprechung mit den Vertretern der Presse teilte Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Kuß auch mit, daß für die nächste Woche die Ausgabe der vollen Brotquote gesichert sei. An diese Feststellung knüpfte er die Verlesung eines reichen statistischen Materials über die derzeitige Mehlerzeugung Deutschösterreichs, die dann noch durch Ernährungsdirektor Ederich ergänzt wurde. Ueber die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Entente sagte der Staatssekretär: Unsere zu Ende 1918 nach Bern entsandte Mission machte den Vertretern der Entente auf Grund eines reichen statistischen Materials verschiedene Vorschläge; unter anderem wünschten sie die Anerkennung der vollen Versorgungsquote von 500 Gramm Mehl per Tag und Kopf mit dem Hinweis auf den Mangel an allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln. Die Verhandlungen damals zeigten jedoch sogleich die Unmöglichkeit, von der Entente eine über die geluzte Quote hinausreichende Erhöhung zu erlangen. Sie verwiesen auf die damals in der Schweiz geltende Ration, die etwa 192 Gramm per Kopf betrug, also weniger als bei uns. Wir waren die Bittsteller, mußten uns also mit den Zugeständnissen der Entente begnügen.

Schließlich wurde die bekannte Menge von 24.000 Tonnen Getreide zugestimmt, welche die Versorgung Deutschösterreichs bis zum 15. Februar deckt; das sind etwa 21.600 Tonnen Mehl. An der Hand statistischer Belege weist der Staatssekretär nach, daß unser Bedarf bis Mitte Februar 27.750 Tonnen beträgt, also mehr, als uns die Entente zugestanden hat. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Ententezuschüsse bis 10. Februar nur 13.000 Tonnen betragen, und es ist geradezu unsäglich, daß wir trotz des bedeutenden Mantels bis auf die Kürzung der Brotquote für eine Woche die Versorgung bewerkstelligen konnten. Das war nur mit Hilfe der eigenen Aufbringung Deutschösterreichs, kleiner Reserven und geringer ungarischer Zuschüsse möglich. Zur Herstellung der erhöhten vollen Mehl- und Brotquote, wie sie früher bestand (1 1/2 Loth Brot und 500 Gramm Mehl per Kopf und Woche) wären weitere 16.000 Tonnen Getreide erforderlich. Wenn man erwägt, welche Schwierigkeiten die Herbeischaffung der uns zugesprochenen 21.000 Tonnen bereitet, wird man begreifen, daß die Erlangung weiterer 10.000 Tonnen gänzlich ausgeschlossen erscheint. Dabei leben wir buchstäblich ohne Vorratswirtschaft von der Hand in den Mund. Und seit dem 23. Januar ist durch die einlaufenden Getreidezüge niemals der wirkliche Tagesbedarf gedeckt gewesen. Nun haben unsere nach Bern und Paris delegierten Vertreter den Auftrag, zu erwirken, daß weiterhin eine geregelte Führung der Getreidezuschüsse gesichert und auch eventuell eine Erhöhung des Konvergents erzielt wird. Ich fürchte, es wird nicht zu erreichen sein. Sollte es doch der Fall sein, dann könnte sie nicht sogleich wirksam werden, bevor man nicht die Vorratswirtschaft regelt. Seien Sie versichert, daß das Staatsamt für Volksernährung und ich uns der großen Verantwortung voll bewußt sind. Wir wissen, daß die Bevölkerung mit diesen Hungerquoten nicht auskommen kann. Aber ein Schnitz, der mehr gibt, als er hat. Ich kann nur hoffen, daß die Entente unsere Verhältnisse, die sie ununterbrochen prüfen läßt, würdigt und uns einisprechend hilft. Wir dürfen hierbei nicht vergessen, daß wir die Besiegten sind und gar nicht in der Lage, das gelieferte Getreide zu zahlen. Hoffen wir, daß jetzt in Paris ein Kreditabkommen zustande kommt, damit wir nicht, wie in Deutschland, dazu verhalten werden, in fremder Wäuta zu zahlen, das wäre uns ganz unmöglich.

Der Mehlbedarf Deutschösterreichs nach die Lieferungen der Entente.

Gegenwärtig beträgt der zu deckende Tagesbedarf Deutschösterreichs an Mehl in Tonnen, berechnet unter Berücksichtigung der Schwerarbeiter, was eine annähernde Tagesdurchschnittsquote von 20 Deka Mehl ergibt, 925 Tonnen, im Monat also 27.750 Tonnen. Wien einschließlich der Volkswegz benötigt 530, das übrige Niederösterreich 200, Steiermark 140, Kärnten 55, Tirol (56) und Vorarlberg (275) werden bis Ende Februar unmittelbar von der Schweiz versorgt. Oberösterreich (128) versorgt sich vorläufig selbst und hat bis Ende Februar die Versorgung von Salzburg (35) übernommen. Diejenige Monatsfordernis von 27.750 oder wöchentlich 6475 Tonnen liegt eine eigene Aufbringung in Deutschösterreich gegenüber, die in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar 882 Tonnen Brotgetreide und 907 Tonnen Hafer, in der Woche vom 3. bis 9. d. 689 Tonnen Brotgetreide und 901 Tonnen Hafer ergab, zusammen also wöchentlich rund 1800, beziehungsweise 1500 Tonnen, also kaum ein Viertel des zu deckenden Bedarfes. Von den bis 15. d. von der Entente zugesagten 24.000 Tonnen Getreide sind bis heute 13.409 Tonnen Getreide und 1270 Tonnen amerikanischen Mehls, also zusammen nicht ganz 15.000 Tonnen angekommen. Dazu geringfügige Zuschüsse aus Ungarn.

Eine Erhöhung der Mehlquote auf ein halbes Kilogramm würde für die 6 1/2 Millionen Nichtselbstversorger den derzeitigen Mehlbedarf von 27.750 Tonnen um 6540 auf 34.290 Tonnen steigern. Eine Steigerung der Brotquote auf die Höhe von anderthalb Kilogramm würde (in diesem Falle sind die Schwerarbeiter nicht mitzurechnen, die ohnedies schon jetzt 2 1/2 Kilogramm Brot erhalten) für 4 1/2 Millionen Verbraucher einen monatlichen Mehlbedarf von 9540 Tonnen ergeben. Gegenüber den jetzigen Quoten in Kochmehl und Brot läme man statt eines monatlichen Mehlbedarfes von 27.750 Tonnen auf 43.830 Tonnen. Berücksichtigt man das Tempo der Ablieferung in den Rationen der Entente, die Erschöpfung der heimischen Vorräte, so ist es klar, daß an eine Erhöhung der Brot- und Mehlquote nicht zu denken und die Ausgabe der derzeitigen Quoten auch nie länger als für eine Woche gesichert ist und durch jede Verkehrsstockung über den Haufen geworfen werden kann.

Die Aussichten für die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs.

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde über den Antrag betreffend die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs, berichtet und folgender Beschluß gefaßt: „Die Staatseisenbahnverwaltung wird dringendst ersucht, sobald es die Verhältnisse irgendwie zulassen, den Stadtbahnverkehr wenigstens teilweise in eingeschränktem Umfange unter Bedachtnahme auf den Betriebsbeginn und den Betriebschluß in den Fabriken und Werkstätten wieder aufzunehmen. Da die Gemeinde selbst nur in unzureichender Weise mit Kohle versorgt ist und daher den Bahnen keine Kohle zur Verfügung stellen kann und gegen Beschlagnahmen und

Anforderungen von Kohle die nachdrücklichste Verwahrung einlegen muß, wird die Staatseisenbahnverwaltung ersucht, mit aller Energie dahin zu streben, daß die für den Stadtbahnverkehr notwendige Kohle anderweitig sichergestellt wird.“